

## **Biden zerfetzt die Verfassung und zieht in den Krieg im Jemen**

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Glenn Greenwald (GG):** Die Vorstellung, dass die Macht des Präsidenten uneingeschränkt sei, stammt nicht von Donald Trump, sondern von der Bush-Cheney-Regierung. Sie instrumentalisierten den 11. September, um diese radikalen Theorien der Exekutivgewalt nach Artikel II einzuführen, mit denen ich vertraut bin, weil sie den Grund meiner Anfänge journalistischer Arbeit über Politik ausmachen. Ich praktizierte damals Verfassungsrecht und hatte den Eindruck, dass die Medien diesen gefährlichen, radikalen Theorien, die die bürgerlichen Freiheiten in den Vereinigten Staaten aushöhlten, nicht genügend Aufmerksamkeit schenkten, ebenso wie der gegenseitigen Kontrolle. Ich begann, über diese Themen zu schreiben. Und aus diesem Grund wider es mich so an, wenn ich sehe, wie genau diejenigen, die diese Theorien nicht nur von der Seitenlinie aus bejubeln, sondern sie auch während ihrer Amtszeit umsetzten, jetzt so tun, als ob sie sich durch die Theorien selbst angegriffen fühlen, wobei sie bei deren Einführung in unser politisches Leben selbst eine so wichtige Rolle gespielt haben. Das ist der Kontext für die aktuellen Ereignisse, als die Regierung Biden am Donnerstag beschloss, 16 verschiedene Standorte im Jemen zu bombardieren. Wir haben den Jemen seit über einem Jahr nicht mehr bombardiert. Es besteht ein eher informeller, aber nichtsdestotrotz anhaltender Waffenstillstand zwischen den Saudis, die ursprünglich mit den Houthis im Jemen kämpften. Präsident Obama hat den Saudis in diesem Krieg durch die Bombardierung der Houthis sehr geholfen, wir haben sie viele Jahre lang bombardiert. Wir haben im Jemen die schlimmste humanitäre Krise vor dem Gazastreifen ausgelöst, in der Millionen von Jemeniten dem Hungertod ausgeliefert waren. Wir haben dieses Land dezimiert, indem wir den Saudis bei der Bombardierung des Jemen geholfen haben. Aber das ist schon seit geraumer Zeit nicht mehr der Fall.

Die Entscheidung der Vereinigten Staaten, in Kooperation mit den Briten den Jemen zu bombardieren, ist also im Grunde eine neue Eskalation. Es handelt sich um einen neuen Krieg im Nahen Osten, der vorher nicht existierte. Und er geht selbstverständlich aus dem

ursprünglichen Konflikt hervor, in den die Vereinigten Staaten verwickelt sind, nämlich dem Krieg zwischen Israel und Gaza. So beschrieb die New York Times gestern die Geschehnisse in ihrer Schlagzeile: *Der Regionalkrieg, den niemand wollte, hat begonnen. Wie groß wird er werden?* Natürlich erklärte die Regierung Biden, dass man keinen regionalen Krieg wolle. Die Israelis haben ihn eindeutig gewollt. Sie haben sich um eine Eskalation des Krieges mit der Hisbollah bemüht, und die Hisbollah hat ebenfalls ihre Rolle übernommen, sich aber bisher eindeutig zurückgehalten. Die Israelis wollen die Gelegenheit, die sich ihnen im Gazastreifen bietet, eindeutig nutzen, um auch gegen ihren Feind, die Hisbollah, in den Krieg zu ziehen. Zu Beginn des Konflikts, im Oktober, Mitte Oktober, entsandte die Regierung Biden zwei riesige Flugzeugträger und eine ganze Reihe anderer neuer militärischer Mittel in diese Region, die, wie sie ausdrücklich erklärte, in erster Linie weitere Angriffe auf Israel verhindern sollten, aber für den Fall, dass dies nicht gelingen sollte, Israel mit unserem militärischen Equipment vor Ort, mit unseren Kampftruppen, schützen sollten. Dies ist eine bewusste Entscheidung, um die Vereinigten Staaten in die äußerst wahrscheinliche Gefahr eines neuen Krieges zu involvieren, nicht nur des Krieges in Gaza, sondern jeglicher Eskalation. Und es wurde kein Versuch unternommen, den Kongress um irgendeine Art von Genehmigung zu bitten. Im letzten Monat haben die Vereinigten Staaten den Houthis mit der Bombardierung des Jemen gedroht, sollten diese ihre Angriffe auf Schiffe als Vergeltung für die Zerstörung des Gazastreifens fortsetzen. Es handelt sich also nicht um einen Notfall, nicht um einen Schock. Es handelte sich nicht um einen Angriff auf das amerikanische Militär, auf das Biden in einer Notsituation reagieren musste, ohne Zeit zu haben, sich an den Kongress zu wenden. Die Verfassung sieht in diesem Zusammenhang die Zustimmung des Kongresses vor. Wenn die Vereinigten Staaten, die Regierung Biden, das Präsidentenamt, unser Land in die sehr hohe Wahrscheinlichkeit eines neuen Krieges oder einer Eskalation eines laufenden Krieges verwickeln will, muss der Kongress dem zustimmen, denn auf diese Weise stimmt das amerikanische Volk der Beteiligung an einem neuen Krieg zu. Doch das ist hier nicht geschehen.

In der New York Times heißt es: „Mit den US-geführten Angriffen im Jemen stellt sich nicht mehr die Frage, ob der Krieg zwischen Israel und Hamas zu einem größeren Konflikt eskalieren wird. Die Frage ist, ob er eingedämmt werden kann.“ Dieser Teil ist vollkommen richtig. Wir haben von Beginn dieses Krieges an über all die verschiedenen Gründe gesprochen, warum man als Amerikaner über die umfassende Unterstützung Israels durch die Regierung der Vereinigten Staaten besorgt sein sollte, nicht nur im Hinblick auf die Kosten für die amerikanischen Bürger, die finanziellen Kosten, die Sicherheitskosten, die moralischen Folgen der Unterstützung Israels bei der Zerstörung des Gazastreifens, sondern auch im Hinblick auf das Ansehen der USA in der Welt, sowie auf das Risiko einer Eskalation. Das ist eines der Elemente, auf die wir hingewiesen haben, nämlich dass dieser Krieg sehr leicht zu einer Spirale werden kann, die viele andere Länder in der Region einschließt. Das ist eine extrem gefährliche Entwicklung. Erinnern Sie sich daran, dass wir alle wiederholt bekundeten, dass wir mit dem endlosen Krieg im Nahen Osten abgeschlossen haben. Und doch erleben wir jetzt eine klare Eskalation. Die Frage ist, wie weit wird diese Eskalation gehen? Zitat: „Seit dem Ausbruch des Krieges zwischen Israel und der Hamas vor fast 100 Tagen bemühten sich Präsident Biden und seine Berater, den Krieg in Grenzen zu

halten, da sie befürchteten, dass eine regionale Eskalation schnell die amerikanischen Streitkräfte einbeziehen könnte. Mit dem von den Amerikanern geführten Angriff auf 16 Einrichtungen im Jemen am Donnerstag stellt sich nun nicht mehr die Frage, ob es zu einem regionalen Konflikt kommen wird. Er hat bereits begonnen. Die größten Fragen betreffen nun die Intensität des Konflikts und ob er eingedämmt werden kann. Das ist genau das Ergebnis, das niemand wollte, vermutlich auch nicht der Iran.“ Zitat: „Dies ist bereits ein regionaler Krieg, der nicht mehr auf den Gazastreifen beschränkt ist, sondern sich bereits auf den Libanon, den Irak, Syrien und den Jemen ausgeweitet hat“, sagte Hugh Lovatt, Nahostexperte des European Council on Foreign Relations.“

Ich halte es ebenfalls für wichtig, darauf hinzuweisen, dass es vor diesem Bombenangriff auf den Jemen einen Bombenangriff in der Nähe von Bagdad gab, der die irakische Regierung erzürnte und für den sie die Vereinigten Staaten verantwortlich machte. Außerdem gab es wiederholte Bombenangriffe der Israelis in Syrien sowie Versuche der amerikanischen Militärstützpunkte in Syrien und im Irak, Vergeltungsschläge gegen iranische Einrichtungen im Nahen Osten zu führen, die angeblich unsere Stützpunkte in Syrien und im Irak angreifen. Warum haben wir Stützpunkte in Syrien und im Irak?! Und dann gab es natürlich noch eine Auseinandersetzung zwischen den Israelis und der Hisbollah in Beirut und Nordisrael. Eine Eskalation ist bereits eingetroffen. Aber das ist jetzt ein direkter Einsatz von amerikanischen Kampftruppen in diesem Krieg. „Washington wolle zeigen, dass es bereit sei, iranische Provokationen abzuschrecken, und habe deshalb seine Flugzeugträger und Kampfflugzeuge in Position gebracht, um schnell reagieren zu können, fügte er hinzu. Aber genau diese Positionen machen die Vereinigten Staaten angreifbarer.“ Die Houthis führen nun schon seit vielen Jahren einen Krieg. Sie sind sehr kampferprobt. Ähnlich wie die Russen, deren Militär durch zwei Jahre harter Kämpfe gestärkt worden ist. Sie scheinen keine Angst vor einem Angriff auf die Vereinigten Staaten zu haben. In der Tat greifen sie weiterhin Schiffe an, wobei sie übrigens niemanden getötet haben, aber dennoch Schiffe angegriffen haben. Sie haben die Boote gekapert, die Besatzungen als Geiseln genommen und versuchen offensichtlich, allen Schiffen, die mit Israel oder den Vereinigten Staaten in Verbindung stehen, die Durchfahrt durch das Rote Meer zu erschweren; jedem Land, das sie für die Zerstörung des Gazastreifens verantwortlich machen. Sie tun dies im Namen der Solidarität mit den Palästinensern, ob das nun ihr eigentliches Anliegen ist oder nicht, jedenfalls ist es ihr erklärtes Anliegen. Der Nahe Osten ist ein Pulverfass, und das war schon immer so. Wir sind jetzt vor allem aufgrund von Israel in einen weiteren Krieg im Nahen Osten verwickelt.

Wie ich bereits sagte, werden wir über die Vorzüge dieser Entscheidung diskutieren. Die Republikaner jubeln mit überwältigender Mehrheit erneut Präsident Biden, genauso wie sie seine Politik in der Ukraine, die USA in einen Stellvertreterkrieg zu verwickeln, jubelt haben, ebenso wie sie seine Politik zur Unterstützung Israels jubelt haben, ähnlich wie sie seine Feindseligkeit gegenüber Peking begrüßt haben. Die Republikaner sind weitgehend einverstanden und jubeln Präsident Biden erneut. Aber einige Kongressmitglieder erheben Einspruch aus dem scheinbar legalistischen, ärgerlichen Grund, dass Präsident Biden sich nicht an den Kongress gewandt und die Zustimmung des Kongresses eingeholt hat, was in Wirklichkeit aber den Kern der Funktionsweise unserer konstitutionellen Republik und

unserer Regierungsstruktur berührt. Hier der Kongressabgeordnete Ro Khanna, Demokrat aus Kalifornien, Zitat: „Der Präsident muss sich an den Kongress wenden, bevor er einen Schlag gegen die Houthis im Jemen ausführt und uns in einen weiteren Konflikt im Nahen Osten verwickelt. Das ist Artikel I der Verfassung. Ich werde dafür eintreten, unabhängig davon, ob ein Demokrat oder ein Republikaner im Weißen Haus sitzt.“ Senator Mike Lee, Republikaner aus Utah, erklärte, Zitat: „Ich stimme Ro Khanna vollkommen zu. Die Verfassung ist wichtig, unabhängig von der Parteizugehörigkeit.“ Senator Rand Paul, republikanischer Senator aus Kentucky, äußerte sich wie folgt: „Wieder einmal handelt Präsident Biden ohne Befugnis des Kongresses. Nur der Kongress kann eine solche Militäraktion genehmigen.“ Ich möchte nun auf das eingehen, von dem ich weiß, dass viele Menschen glauben, es erlaube Präsident Biden so zu handeln. Es ist ein Gesetz, genannt War Powers Resolution, das die Verfassung jedoch nicht außer Kraft setzen kann, denn natürlich können Kongressakte und Gesetze die Verfassung nicht aufheben. Aber wenn man sich anschaut, was in der War Powers Resolution steht, gibt es fast keinen Zweifel daran, dass sie Präsident Biden nicht dazu ermächtigt, den Jemen ohne Zustimmung des Kongresses zu bombardieren, selbst wenn man sie als gültiges Gesetz anerkennen möchte.

Das können Sie unter anderem an den Aussagen der Demokraten, darunter Joe Biden und Kamala Harris, erkennen, als es um die Frage ging, ob Präsident Trump im Jahr 2020 ähnliche Bombenangriffe, auch auf den Iran, durchführen dürfte. Hier ist Joe Biden am 7. Februar 2020, Zitat: „Als Präsident würde ich die militärische Macht verantwortungsvoll und als letztes Mittel einsetzen. Wir werden nicht zu ewigen Kriegen im Nahen Osten zurückkehren“. Das sagte er im Rahmen der Debatte der Demokraten; „Wir werden nicht zu ewigen Kriegen im Nahen Osten zurückkehren“. Hier folgt seine Antwort auf die Frage, ob Trump den Iran im Januar bombardieren könnte. Zitat: „Um es klar auszusprechen: Donald Trump hat nicht die Befugnis, uns ohne Zustimmung des Kongresses in einen Krieg mit dem Iran zu führen. Der Präsident sollte niemals die Nation in einen Krieg führen, ohne die informierte Zustimmung des amerikanischen Volkes.“ Kamala Harris erklärt dies im Februar 2020, Zitat: „Zu lange hat sich der Kongress seiner Verantwortung entzogen, den Einsatz militärischer Gewalt zu genehmigen. Wir können es uns nicht leisten, dass das so weitergeht und Trump die Spannungen mit dem Iran weiter eskalieren lässt. Ich habe heute mit JA gestimmt, um Trumps Befugnisse in Bezug auf einen militärischen Konflikt mit dem Iran einzuschränken.“ Als die Demokraten Biden und Kamala Harris nach der Macht strebten, sagten sie im Wesentlichen, dass die War Powers Resolution ohne Zustimmung des Kongresses die Art von Bombardierung, die sie gerade vorgenommen haben, nicht zulässt.

Eines der prinzipientreuesten Mitglieder des Kongresses, wenn es um verfassungsrechtliche Befugnisse geht, war der ehemalige republikanische Kongressabgeordnete Justin Amash, der ein Jahrzehnt lang als Republikaner für Michigan im Kongress tätig war. Und er schrieb heute Folgendes, Zitat: „Eines der am häufigsten falsch dargestellten Bundesgesetze – das oft fälschlicherweise zur Rechtfertigung verfassungswidriger Kriegsbefugnisse des Präsidenten herangezogen wird – ist die War Powers Resolution (oder War Powers Act). Wenn nur mehr Leute sie lesen würden. Im Gegensatz zu dem, was Sie vielleicht über die War Powers Resolution gehört haben, erlaubt sie dem Präsidenten nicht, aus irgendeinem Grund 60 bis 90

Tage lang ohne Zustimmung des Kongresses militärische Maßnahmen zu ergreifen, solange der Präsident den Kongress innerhalb von 48 Stunden benachrichtigt. Das ist die Behauptung, die man immer wieder vernimmt, wonach die War Powers Resolution dem Präsidenten einen 60- bis 90-tägigen Spielraum für den Einsatz des Militärs nach eigenem Ermessen einräumt. Denken Sie daran, dass Artikel I der Verfassung, in dem die Befugnisse der Legislative des Kongresses festgelegt sind, besagt, dass nur der Kongress die Befugnis zu einer Kriegserklärung hat. Und das macht den Präsidenten zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Artikel II, der die Exekutivgewalt definiert. Aber nur, wenn es einen tatsächlichen Krieg gibt, daher wenn die Streitkräfte einberufen worden sind. Wir sollten in den Vereinigten Staaten kein stehendes Heer haben. Die Gründer der USA fürchteten sich vor einem permanenten, stehenden Heer. Ich werde Ihnen jetzt zeigen, dass die Vermeidung dieses, eines der wichtigsten Anliegen der Gründer war. Die Idee des Präsidenten als Oberbefehlshaber bedeutete lediglich, dass, sofern der Kongress einen Krieg genehmigt, der Präsident diesen dann auch ausführt. Man braucht im Kriegsfall einen Oberbefehlshaber des Militärs, aber nur der Kongress kann die Anwendung militärischer Gewalt genehmigen. Der Präsident kann keinen Krieg beginnen und ihn dann ausführen, wie es in den Vereinigten Staaten aus sehr gefährlichen Gründen zur Norm geworden ist.“

Amash fährt fort: „Die War Powers Resolution besagt eindeutig: Die verfassungsmäßigen Befugnisse des Präsidenten als Oberbefehlshaber, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Feindseligkeiten oder in Situationen, in denen die Umstände eindeutig auf eine bevorstehende Verwicklung in Feindseligkeiten hindeuten, einzusetzen, werden auf der Grundlage (1) einer Kriegserklärung, (2) einer spezifischen gesetzlichen Ermächtigung oder (3) eines nationalen Notstands, der durch einen Angriff auf die Vereinigten Staaten, ihre Territorien oder Besitztümer oder ihre Streitkräfte entstanden ist, ausgeübt. Von den drei zitierten Befugnissen deutet keine auf eine präsidiale Ermächtigung hin, einseitig offensive militärische Maßnahmen zu ergreifen. Die ersten beiden Befugnisse erlauben dem Präsidenten zwar militärische Maßnahmen, aber nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Kongresses. Die dritte Befugnis, die Notstandsbefugnis, erlaubt es dem Präsidenten, ohne Zustimmung des Kongresses defensive militärische Maßnahmen zu ergreifen, wenn eine bestimmte Art von nationalem Notfall vorliegt, wie z. B. ein plötzlicher, unvorhergesehener Angriff auf die Vereinigten Staaten, der zu schnell eintritt, als dass der Kongress zusammenkommen könnte, und der ein sofortiges Handeln zum Schutz der Amerikaner erfordert. Für diese letzte Situation sieht die War Powers Resolution den bereits erwähnten 48-Stunden-Bericht vor.“

Denken Sie über die Bedeutung nach. Es ist absolut einleuchtend. Wenn ein ausländisches Militär das Heimatland der Vereinigten Staaten, oder plötzlich Militärbasen oder Schiffe in Übersee angreift, kann der Präsident diese Angriffe nicht gewähren lassen, nur weil der Kongress nicht rechtzeitig einberufen werden kann. Stellen Sie sich vor, der Kongress wäre im Urlaub und könnte nicht einberufen werden. Natürlich muss der Präsident in einer Notsituation für eine begrenzte Zeit die Streitkräfte mit der Verteidigung der Vereinigten Staaten beauftragen können, bis der Kongress einberufen werden kann. Aber das soll nur in einer Notsituation möglich sein, in der keine Zeit zur Einberufung des Kongresses bleibt. Das ist hier nicht der Fall. Die Vereinigten Staaten drohen dem Jemen schon seit Wochen mit

einem solchen Angriff, sollten diese Übergriffe nicht aufhören. Sie planten dies. Sie haben eine internationale Koalition zusammengestellt. Es gab mehr als genug Zeit, um sich an den Kongress zu wenden und die Zustimmung des Kongresses einzuholen. Und doch haben sie sich entschieden, das nicht zu tun. Dies ist illegal und verfassungswidrig.

Jetzt können Sie das als unwichtig abtun. Und ich werde Ihnen zeigen, warum das keine rationale oder stichhaltige Entgegnung wäre. Was ich jedoch einräumen möchte, ist, dass grundsätzlich die Lösung für dieses Problem, wonach der Präsident einen Krieg ohne die in der Verfassung vorgeschriebene Ermächtigung des Kongresses beginnt, darin besteht, dass der Regierungszweig, dessen Vorrechte verletzt werden, auch derjenige sein sollte, der diese Rechte verteidigt. Der Kongress verfügt folglich über eine Lösung. Anstatt sich auf CNN zu beschweren und zu jammern oder Beschwerden auf Twitter zu posten, könnten sie zum Beispiel die Mittel für weitere Operationen im Jemen einstellen, um Biden an der Fortsetzung dieser Militäraktion zu hindern. Der Grund dafür, dass der Kongress dem Präsidenten erlaubt, Kriege ohne dessen Ermächtigung zu führen, besteht in Wirklichkeit darin, dass der Kongress diese Verantwortung gar nicht haben will. Sie wollen nicht zur Wiederwahl antreten müssen, nachdem sie darüber abgestimmt haben, ob wir in den Krieg ziehen oder nicht. Sie sind mehr als glücklich, den Präsidenten diese Entscheidung allein treffen zu lassen, während sie sich zurücklehnen und sich beschweren und zirpen: Oh, man hätte sich diesbezüglich an den Kongress wenden sollen. Und das ist an sich schon ein großes Problem unserer Regierung, dass der Kongress im Grunde seine Verantwortung und seine Befugnisse an den Präsidenten abgetreten hat. Aber im Grunde genommen haben wir jetzt genau das, was die Gründer verzweifelt vermeiden wollten, ein stehendes Heer, d.h. ein permanentes Militär, nicht eines, das im Falle eines Krieges durch Wehrpflichtige einberufen und zusammengestellt wird, das der Kongress bewilligt und finanziert und anschließend vom Präsidenten befehligt wird; das war die Vision. Wir haben eine permanente Armee. Natürlich wird sie nicht abgeschafft. Jedes Jahr wird automatisch die Armee nicht nur finanziert, sondern mit fast 1 Billion Dollar pro Jahr finanziert; unendlich mehr als jedes andere Land auf diesem Planeten ausgibt. Und dann haben wir nicht nur dieses permanente Militär unter dem Kommando des Präsidenten, sondern er entscheidet auch noch, welche Kriege geführt werden und wie diese Kriege geführt werden, fast ohne Einflussnahme oder Kontrolle seitens irgendeiner anderen Instanz. Das ist genau die Art von Machtkonzentration in der Exekutive, die nach dem Krieg gegen den Terror ihren Anfang genommen hat und inzwischen zum normalen Umgang in Washington geworden ist, da der Kongress diese Verantwortung nicht übernehmen will.

Ich möchte Ihnen nun einige der Gründe für die Bedeutung dieses Themas aufzeigen und erläutern, warum die Gestaltung unseres Landes wesentlich von der Vermeidung genau dieser Situation abhing. Hier, aus meinem Blog *Unclaimed Territory*, den ich Ende Oktober 2005 ins Leben gerufen habe, um über diese Themen zu schreiben. Dieser Artikel datiert den 17. Dezember 2005, also weniger als zwei Monate, nachdem ich mit dem Schreiben über Politik begonnen hatte. Der Titel lautete: *Bushs unkontrollierte Exekutivgewalt versus die Gründungsprinzipien der USA*. In dem Artikel ging es im Wesentlichen darum, dass die uneingeschränkten Befugnisse des Präsidenten, die Bush und Cheney im Namen des Krieges gegen den Terror beanspruchten, einen grundlegenden Verstoß gegen sämtliche

Warnhinweise der Gründerväter darstellten. Zitat: „Hinter all den Exzessen und dem Missbrauch der Exekutivgewalt, die die Bush-Regierung für sich beansprucht, verbirgt sich eine Theorie der absoluten, unkontrollierten Macht des Präsidenten, die buchstäblich nicht stärker im Widerspruch zu den zentralen Gründungsprinzipien dieses Landes stehen könnte.“ Zitat: „Die Vorstellung, dass einer der drei Regierungszweige unkontrolliert von den anderen beiden Macht beanspruchen kann, entspricht genau dem, was die Gründer in erster Linie ausschließen wollten. Und die Befürchtung, dass ein US-Präsident versuchen würde, die Macht unkontrolliert durch das Gesetz oder die anderen Gewalten an sich zu reißen, z.B. dass die Exekutive die Macht des britischen Königs an sich reißen würde, war die treibende Kraft hinter den zahlreichen verfassungsmäßigen Beschränkungen der Exekutivgewalt. Es sind genau diese Beschränkungen, über die sich die Bush-Regierung nach eigenem Bekunden hinwegsetzen kann, weil die Notwendigkeit einer erhöhten nationalen Sicherheit in Kriegszeiten den Präsidenten mit unkontrollierter Macht ausstattet. Diese Theorie der Exekutive, die keine gesetzlichen Beschränkungen kennt, widerspricht jedoch den Gründungsprinzipien des Landes und den Versprechungen der Gründer, die Zustimmung einer monarchiefeindlichen Öffentlichkeit zur Schaffung einer Exekutivgewalt zu erlangen, die einer einzigen Person übertragen wird. Die Vorstellung, dass all dies einfach über Bord geworfen werden kann, sollte die Nation von außen bedroht werden, widerspricht den Gründungsprinzipien des Landes ebenso wie sie gefährlich ist. James Madison betonte in Federalist 51, dass die Freiheit nur dann bewahrt werden kann, wenn die vom Volk durch den Kongress erlassenen Gesetze übergeordnet und allgemein verbindlich sind; Zitat: „Aber es ist nicht möglich, allen Abteilungen die gleiche Macht zur Selbstverteidigung zu geben. In einer bundesrepublikanischen Regierung hat die gesetzgebende Gewalt notwendigerweise Vorrang“. Ein äußerst aussagekräftiger Beweis dafür, dass der Anspruch der Bush-Regierung auf unkontrollierte Exekutivgewalt grundsätzlich mit den grundlegendsten verfassungsrechtlichen Garantien unvereinbar ist, kommt aus einer der unwahrscheinlichsten Richtungen – Antonin Scalias Dissens in der Rechtssache Hamdi gegen Rumsfeld im Jahr 2004.“

In diesem Fall handelte es sich um einen Dissens, aber er war nicht aufgrund der von ihm dargelegten Grundsätze anderer Meinung. Ich bitte Sie, wirklich zuzuhören, denn hier spricht Antonin Scalia, ein Verfechter weitreichender, robuster Exekutivbefugnisse, darüber, wie wichtig die Vermeidung einer Situation ist, in der der Präsident ein stehendes Heer befiehlt und dann die Befugnisse des Militärs ohne Zustimmung des Kongresses ausüben kann. Scalia schrieb 2004: „Die Aussage, dass die Exekutive nicht befugt ist, Bürger in Kriegszeiten auf unbestimmte Zeit festzuhalten, steht im Einklang mit dem allgemeinen Misstrauen der Gründer gegenüber militärischer Macht, die der Exekutive permanent zur Verfügung steht. Nach Ansicht der Gründer waren die ‚Segnungen der Freiheit‘ durch ‚jene militärischen Einrichtungen bedroht, die allmählich ihre Quelle‘“ – und zitierte damit Federalist Nr. 45, geschrieben von James Madison. Dann sagte Scalia dies, Zitat: „Nicht weniger als 10 Ausgaben des Federalist waren ganz oder teilweise der Beschwichtigung von Ängsten vor Unterdrückung durch die in der vorgeschlagenen Verfassung vorgesehene Genehmigung von stehenden Heeren in Friedenszeiten gewidmet. Viele Schutzklauseln in der Verfassung spiegeln diese Befürchtungen wider, die Befugnis des Kongresses, Zitat, ‚Armeen

aufzustellen und zu unterstützen‘, mit der Einschränkung, dass, Zitat, ‚keine Bewilligung von Geldern zu diesem Zweck für eine längere Dauer als zwei Jahre erfolgen soll‘. Mit Ausnahme der eigentlichen Befehlsgewalt über die Streitkräfte werden alle Genehmigungen für ihren Unterhalt und alle ausdrücklichen Genehmigungen für ihren Einsatz gemäß Artikel I dem Kongress und nicht dem Präsidenten gemäß Artikel II übertragen. Wie Hamilton erklärte, wäre die militärische Autorität des Präsidenten, ich zitiere, ‚viel geringer als die des britischen Königs‘; Zitat, ‚Sie würde auf nichts anderes hinauslaufen als auf den Oberbefehl und die Leitung der Militär- und Seestreitkräfte, als erster General und Admiral der Nation: während der britische König sich auf die Kriegserklärung und die Aufstellung und Regulierung von Flotten und Armeen versteht, die nach der Verfassung allesamt dem Gesetzgeber obliegen würden.‘“, The Federalist No. 69. Eine Auffassung der Verfassung, die der Exekutive die Befugnis gibt, militärische Gewalt anstelle von Gesetzen gegen Bürger auf amerikanischem Boden anzuwenden, steht im Widerspruch zu dem Misstrauen, das diese Bestimmungen hervorgerufen hat.

Der springende Punkt war, dass es keine schwerwiegendere Entscheidung gibt, die eine Regierung treffen kann, als in den Krieg zu ziehen. In der Regel können die Bürger des Landes für diesen Krieg in die Pflicht genommen werden, und sie werden mit Sicherheit aufgefordert, die Kosten des Krieges zu tragen. Eine solche Entscheidung könne nur dann rechtmäßig sein, sagten die Gründerväter, was Scalia anerkennt und was sich durch alle Federalist Papers zieht, wenn die Bürger durch ihre gewählten Vertreter im Kongress ihre Zustimmung zu diesem Krieg geben. Genau das entspricht dem Konzept der Verfassung und der Gewaltenteilung. Ich möchte nur unterstreichen, dass es die Bush- und Cheney-Regierung war, in der all dies zum ersten Mal seit langer Zeit wirklich in Frage gestellt wurde. Deshalb widert es mich an, wenn ich sehe, wie die Vertreter der Bush-Cheney-Regierung und ihre Unterstützer oder ihre liberalen Verbündeten so tun, als würden sie diese Prinzipien verteidigen, obwohl sie es waren, die sie bekämpft haben. Hier ist ein Artikel der New York Times vom Dezember 2005: *Hinter der Macht, ein Prinzip als Bush Vorrechte verschiebt*. „Ein einziges, heftig umstrittenes Rechtsprinzip steht nach Ansicht von Wissenschaftlern hinter fast jeder größeren Initiative im Krieg der Bush-Regierung gegen den Terror: die weitreichende Durchsetzung der Befugnisse des Präsidenten. Von der Inhaftierung von Amerikanern als ‚feindliche Kämpfer‘ bis hin zu den gerade bekannt gewordenen Abhöraktionen in den Vereinigten Staaten ohne richterlichen Beschluss hat sich die Regierung auf eine ungewöhnlich weitreichende Auslegung der Befugnisse des Präsidenten gestützt. Diese Haltung hat der Regierung Spielraum für entschlossenes Handeln verschafft, ist aber bei einigen Wissenschaftlern und Gerichten auf heftige Kritik gestoßen. Mit starker Unterstützung von Vizepräsident Dick Cheney haben Rechtstheorien im Weißen Haus und im Justizministerium argumentiert, dass frühere Präsidenten grundlos auf einen Teil der legitimen Befugnisse ihres Amtes verzichtet haben. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sei es besonders wichtig, dass die volle Macht der Exekutive wiederhergestellt und ausgeübt werde, hieß es.“

Das ist der Ursprung des Ganzen; von eben jenen Neocons und Bush-Cheney-Anhängern, denen man jetzt nachsagt, sie seien die Verteidiger und Hüter der Rechtsstaatlichkeit. Hier ist

James Madison in den Federalist Papers, Nr. 47, Zitat: „Die besondere Struktur der neuen Regierung und die Verteilung der Macht auf ihre verschiedenen Bereiche“ – das ist, worüber er schrieb. Zitat: „Die Anhäufung aller legislativen, exekutiven und judikativen Befugnisse in ein und denselben Händen, ob in den Händen eines Einzelnen, einiger weniger oder vieler, ob vererbt, selbst ernannt oder gewählt, kann mit Recht als der Inbegriff der Tyrannei bezeichnet werden.“ Vor allem das wollten sie verhindern: dass ein Teil der Regierung alle Entscheidungen trifft, z. B. wann das Militär einberufen wird, wie es einberufen wird, ob neue Kriege begonnen und wie sie dann geführt werden sollen.

Hier ist ein Artikel, den ich Anfang 2007 verfasste, in dem ich schrieb: *Unser Generaloberst hat gesprochen*. Und das ist so grundlegend für die damalige Debatte, die heute vergessen scheint. Zitat: „Die Idee, dass die Amerikaner nicht über die Angemessenheit des Einsatzes militärischer Gewalt debattieren sollten“ – und ich reagierte damit auf ein Interview, das Dick Cheney über die Unpopularität des Irak-Krieges gegeben hatte, in dem er sagte, dass es egal sei, ob sich die amerikanische Öffentlichkeit gegen den Krieg ausspreche, es sei vielmehr ihre eigene Entscheidung, ihn weiter zu führen. Die amerikanische Öffentlichkeit hätte dies nicht zu entscheiden. Genau darüber habe ich gesprochen. Und ich sagte: „Die Idee, dass die Amerikaner nicht über die Angemessenheit des Einsatzes militärischer Gewalt debattieren sollten, ist unseren politischen Traditionen zutiefst fremd. Die Verfassung macht zwar den Präsidenten zum Oberbefehlshaber über die Führung von durch die Bürger genehmigten Kriegen, bindet aber den Einsatz militärischer Gewalt in mehrfacher Hinsicht an die Zustimmung der amerikanischen Bürger, nicht nur durch das Kriegsverbot bei fehlender Beschlussfassung des Kongresses, sondern auch durch die Notwendigkeit, alle zwei Jahre die Zustimmung des Kongresses einzuholen, um überhaupt über eine Armee zu verfügen. Die öffentliche Opposition ist die wichtigste Kontrolle für den unbedachten Einsatz militärischer Gewalt. In Federalist 24 erklärte Hamilton, dass die Notwendigkeit einer ständigen demokratischen Beratung über das amerikanische Militär ‚eine große und wahrhaftige Sicherheit gegen Militäreinrichtungen ohne offensichtliche Notwendigkeit‘ darstelle. Ein wichtiges Ziel der Gründerväter war es, einen Weg zu finden, um die kriegerischen Fähigkeiten des Präsidenten zu kontrollieren. In Federalist 4 bezeichnete John Jay es als eine wesentliche Bedrohung für die Republik, dass unzureichend zurückhaltende Führer, ich zitiere, ‚oft Krieg führen, ohne dass ihre Nationen Nutzen daraus ziehen, sondern für rein persönliche Zwecke und Ziele, wie z. B. den Durst nach militärischem Ruhm, Rache für persönliche Kränkungen, Ehrgeiz oder private Bündnisse zur Vergrößerung oder Unterstützung ihrer jeweiligen Familien oder Parteigänger. Diese und eine Vielzahl anderer Motive, die nur den Geist des Herrschers betreffen, veranlassen ihn oft dazu, sich an Kriegen zu beteiligen, die weder durch die Gerechtigkeit noch durch die Stimme und die Interessen seines Volkes gerechtfertigt sind.““

Es scheint verkrustet und archaisch zu sein, wenn man über die Federalist Papers und all die Gerichtsurteile diskutiert und es scheint keine Rolle zu spielen angesichts dessen, was die Leute für eine wichtige und legitime Bombardierung des Jemen halten, aber es ist von großer Bedeutung für die Beschaffenheit unseres Landes. Und John Jay erklärt, warum: Es gibt zahlreiche mögliche korrupte Motive, die Präsidenten haben, um Kriege ohne die

Zustimmung des amerikanischen Volkes zu beginnen. Das ist der Grund, warum es um so viel mehr geht als nur um eine Art legalistische Verpflichtung oder eine zeremonielle Anforderung, wonach der Kongress offen über den Sinn und Zweck dieses Krieges debattieren muss, darüber, ob es sich lohnt, das Risiko einer Eskalation einzugehen, ob es sich lohnt, amerikanische Leben in Gefahr zu bringen, wie die wahrscheinlichen Vergeltungsmaßnahmen aussehen werden, wie lange der Krieg andauern wird, was der Zweck dieses Krieges ist, was das Ergebnis ist, was die Mission ist, wie man den Erfolg definiert, wenn er zu Ende ist, all das sind Dinge, die bei einer tatsächlichen Debatte über den Krieg im Kongress untersucht werden, was nicht geschieht, wenn der Präsident einfach im Alleingang über den Einsatz des Militärs und den Beginn der Bombardierung entscheidet und dies dann hinterher rechtfertigt. Genau das ist völlig verloren gegangen, bis zu dem Punkt, dass Biden jetzt einen neuen Krieg beginnen kann, wie er es gestern im Jemen getan hat, und nur sehr wenige Leute, eine Handvoll Kongressmitglieder, gewillt sind, aufzustehen und Einspruch zu erheben, denn das Ganze wird so behandelt, als sei es nur eine bürokratische und lästige Anforderung, obwohl es eigentlich grundlegend für das Wesen der Republik ist.

Danke, dass Sie sich diesen Clip von System Update angesehen haben, unserer Live-Show, die jeden Montag bis Freitag um 19 Uhr exklusiv auf Rumble ausgestrahlt wird. Sie können die kompletten nächtlichen Sendungen live sehen oder sich den Bestand an Episoden kostenlos auf unserer Rumble-Seite ansehen. Außerdem finden Sie die vollständigen Episoden am Morgen nach der Ausstrahlung auf allen wichtigen Podcasting-Plattformen, einschließlich Spotify und Apple. Alle Informationen, die Sie benötigen, sind unten verlinkt. Wir hoffen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

## ENDE

**Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:**

**BANKKONTO:**  
Kontoinhaber: acTVism München e.V.  
Bank: GLS Bank  
IBAN: DE89430609678224073600  
BIC: GENODEM1GLS

**PAYPAL:**  
E-Mail: [PayPal@acTVism.org](mailto:PayPal@acTVism.org)

**PATREON:**  
<https://www.patreon.com/acTVism>

**BETTERPLACE:**  
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: [info@acTVism.org](mailto:info@acTVism.org)

